



Dr. Lutz C. Kaiser, Arbeitsökonom, Institut zur Zukunft der Arbeit

www.iza.org

kaiser@iza.org

Evaluation bietet Chancen für bessere Politikergebnisse

Mit den Hartz-Gesetzen ist auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik eine umfassende und zeitnahe wissenschaftliche Erfolgskontrolle von Politikmaßnahmen zur Pflicht geworden. Ein überfälliger Schritt, der zügig auch auf anderen Politikfeldern unternommen werden sollte.



Angesichts eines erhöhten Leidensdrucks der öffentlichen Haushalte sollte ein möglichst hoher Zielerreichungsgrad (Effektivität) der Politikmaßnahmen bei einem gleichzeitig sparsamen Einsatz der Mittel (Effizienz) selbstverständlich sein. So ist es aber keineswegs. Zwar wird von der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit Recht erwartet, dass sie zumindest die Beschäftigungsfähigkeit der von Arbeitslosigkeit Betroffenen aufrecht erhält, tatsächlich aber wurden in der Vergangenheit häufig Maßnahmen finanziert, deren Wirkungen de facto ungeprüft blieben.

Eine sachgerechte, neutrale Bewertung der Wirksamkeit etwa arbeitsmarktpolitischer Programme (und auch anderer) in Form einer wissenschaftlichen Evaluation kann die Suche nach den bestmöglichen Maßnahmen professioneller gestalten. Mit wissenschaftlich bewährten Methoden lassen sich Programm-Teilnehmer vergleichbaren Nicht-Teilnehmern gegenüberstellen. Potenzieller Erkenntnisfortschritt und methodischer Anspruch einer Evaluation gehen dabei weit über die Möglichkeiten einer simplen Kosten-Nutzen-Analyse hinaus. Erst der Vergleich erlaubt verlässliche Rückschlüsse über die Wirkung der untersuchten Maßnahmen und kann der Politik wichtige Orientierung liefern.

In den angelsächsischen Ländern hat man ein liberales Verständnis vom Zwiespalt zwischen dem privaten Bereich Gesellschaft und der öffentlichen Instanz Staat und so gibt es dort schon lange eine sehr kritische Sicht auf die Nutzung öffentlicher Gelder und Ressourcen. Folgerichtig hat sich dort auch eine regelrechte Evaluationskultur herausgebildet. Anders in Kontinentaleuropa: Die von der Politik gestalteten Institutionen und Regelungen werden erst seit kurzer Zeit hinsichtlich ihrer Struktur und Wirkungen systematisch bewertet. Zwar macht der Aufbau einer Evaluationskultur hierzulande erkennbare Fortschritte, im europäischen Vergleich liegt sie aber zurück. In vielen Nachbarländern gibt es eine weitaus besser eingespielte

Kooperation zwischen Politik, Wissenschaft und Verwaltung – ohne die kann eine Evaluation aber nun einmal nicht gelingen. Gleichwohl auch bei uns beginnt die öffentliche Hand die zum Teil kostenaufwendige Evaluation politischer Programme zunehmend als Investition mit hohen Renditen zu begreifen. Es gilt aber auch, durch die Beteiligung der unabhängigen Wissenschaft der Versuchung, Evaluation in den Dienst einer Interessenpolitik zu stellen, von vornherein vorzubeugen.

Einhaltung verlässlicher Standards

Evaluation kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf eine hinreichende Qualität der Daten gestützt ist. In ihrer Informationsbreite häufig eingeschränkte administrative Daten können durch Zusatzbefragungen angereichert werden, die für die Evaluation zugeschnitten sind. Daneben müssen gewisse methodische Vorgaben erfüllt sein, wie etwa die Vergleichbarkeit von Programmteilnehmern und Nichtteilnehmern. Das Instrumentarium der Evaluation ist ohne Frage komplex. Einmal etabliert und im unvoreingenommenen offenen Vollzug zwischen allen beteiligten Instanzen praktiziert, lässt es sich jedoch auf vielfältige Weise und in verschiedenen Bereichen einsetzen. Hierzu zählen gerade Politikfelder wie Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik oder regionale Wirtschaftsförderung, die eine direkte Relevanz für die Zukunftschancen unserer Volkswirtschaft haben.

Aber auch die Unternehmen könnten von einer Evaluation der Politikergebnisse profitieren, nämlich dann, wenn mehr zukunftsfähig gebildete und ausgebildete Arbeitnehmer zur Verfügung stehen oder regionale Wirtschaftsförderungsprogramme optimiert werden.

Die Selbstverpflichtung zu einer regelmäßigen Bewertung von Politikergebnissen bietet die Chance, das Vertrauen in Politik zu erhöhen und Politikverdrossenheit abzubauen, und ist damit ein wichtiger Baustein der Demokratie.